

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Integrationsfragen

Sitzung: Dienstag, 01.09.2020

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:51 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Nils Bader - SPD

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Vertretung für: Herrn Professor Dr.
Dr. Wolfgang Büchs

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Vertretung für: Frau Lisa-Marie
Jalyschko

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten
Köster

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Vertretung für: Frau Anke Schnei-
der

Herr Bayram Türkmen - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P²

Herr Chaouki Ben Attia -

Frau Cihane Gürtas-Yildirim -

Herr Adama Logosu-Teko -

Frau Rabea Shahini -

Frau Alena Timofeev -

Verwaltung

Frau Dr. Christine Arbogast - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether - FBL 50

Frau Brigitte Finze-Raulf – FB 50

Frau Audrey Grothe - FB 50

Herr Marcus Schumann – FB 50

Frau Kerstin Weißel – FB 32

Herr Jan-Niclas Roth – FB 50

Frau Dr. Sandra Dittmann – Ref. 0500

Frau Sonja Lubetzki-Meyer – FB 51

Frau Annette Parchem – FB 50

Gäste

Herr Oliver Heyms – Polizeiinspektion BS

Frau Michaela Wirth – IRC Deutschland

Protokollführung

Frau Janina Rohde - FB 50

Abwesend

Mitglieder

Herr Professor Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS	entschuldigt
Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Thorsten Köster - CDU	entschuldigt
Herr Oliver Schatta - CDU	abwesend
Frau Anke Schneider - DIE LINKE.	abwesend
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Frau Mareike Islar - SPD	entschuldigt
Frau Jolanta Obojska -	entschuldigt
Frau Zeynep Samut-Hlubek -	abwesend
Frau Nina Trbojevic-Schlüter -	entschuldigt
Frau Mariam Yussef -	abwesend
Frau Yesim Cil -	abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.06.2020
- 3 Vorstellung Projekt "Vor-Sprung"
- 4 Flüchtlingsangelegenheiten
- 5 Bericht über das Projekt der HUMBOLDT-VIADRINA
- 6 Mitteilungen
- 6.1 Stand und Perspektive Bildungsbüro 20-13905
- 6.2 Interkulturelle Woche 2020 "Zusammen leben, zusammen wachsen." 20-13975
- 7 Anträge

- | | | |
|-----|--|----------|
| 7.1 | Beschluss "Sicherer Hafen" mit Leben erfüllen | 20-13551 |
| 8 | Anfragen | |
| 9 | Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen, Gruppierungen und dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR) | |

Nichtöffentlicher Teil:

- | | | |
|----|--|----------|
| 10 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung | |
| 11 | Auftragsvergabe für den Sicherheitsdienst in der Erstaufnahmeeinrichtung für den Fachbereich Soziales und Gesundheit | 20-13960 |
| 12 | Auftragsvergabe für den Sicherheitsdienst am Wohnstandort Ölper für den Fachbereich Soziales und Gesundheit | 20-13961 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 0; Enthaltung: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.06.2020

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 0; Enthaltung: 0

3. Vorstellung Projekt "Vor-Sprung"

Frau Wirth stellt das Projekt "Vor-Sprung" anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Herr Ben Attia erkundigt sich wie lange der Prozess dauert, bis ein Ergebnis der Integration zu sehen ist. Frau Wirth erläutert, dass das Projekt kurz- und langfristige Ziele verfolgt. Insgesamt soll untersucht werden, wie sich die Einstellung der Fachkräfte verändert und wie die Kinder und Familien den Übergang erleben. Begrenzt ist das Projekt allgemein bis Dezember 2021.

Auf Nachfrage von Herrn Ben Attia, wie mit sprachlichen Barrieren umgegangen wird, erläutert Frau Wirth, dass bei den Interviews gedolmetscht werden soll.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

4. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass im Zeitraum vom 1. bis 31. August 2020 insgesamt 39 Personen zugewiesen wurden. Drei dieser Personen sind unbegleitete Minderjährige, die in Jugendhilfemaßnahmen untergebracht werden. 20 Personen wurden in dem neuen Wohnstandort in Ölper aufgenommen.

Frau Dr. Arbogast informiert, dass der neue Standort an der Saarbrückener Straße am 2. November 2020 in Betrieb genommen wird. Der Standort soll als sogenannte städtische Erstaufnahme genutzt werden. Alle Zuweisungen werden künftig zunächst dort aufgenommen und dann in die Wohnstandorte zur Unterbringung Geflüchteter verteilt. Ausgenommen sind Familien mit schulpflichtigen Kindern, diese sollen direkt in den Wohnstandorten aufgenommen werden. Insgesamt ist die Unterkunft für 100 Personen ausgelegt. Bedingt durch die Corona Pandemie kommt es anfänglich nur zu einer eingeschränkten Auslastung von 70 bis maximal 80 Personen. Mittlerweile befinden sich in der Saarbrückener Straße Kochgelegenheiten zur selbstständigen Verpflegung. Ein entsprechendes Hygienekonzept wurde erstellt.

Weiterhin informiert Frau Dr. Arbogast darüber, dass nach abschließender rechtlicher Prüfung der Einsatz nur einer Person des Sicherheitsdienstes in den Nachtstunden nicht zulässig ist.

Ratsherr Bader fragt, ob Flüchtlingsprojekte in Braunschweig durch das Auslaufen der Förderungen durch Bund und Land im Rahmen des Fünfjahreszeitraums betroffen sein werden. Frau Dr. Arbogast berichtet, dass die Fördermittel für den Ehrenamtstopf des Büros für Migrationsfragen auslaufen. Das Programm endet im Dezember 2020. Für 2020 wurden 25.500 € gezahlt. Weitere Kürzungen sind nicht bekannt. Durch die Corona Pandemie wurden manche Projekte verstärkt gefördert. Für das Projekt „Demokratie leben!“ konnten beispielsweise zusätzliche 10.000 € beantragt werden. Auch wurde bei der Volkshochschule angefragt, ob es Kürzungen bei den Sprachkursen geben wird. Dies sei nicht der Fall. Zahlungen vom Land laufen noch bis Juni 2021 im vollen Umfang, anschließend müsse weitergesehen werden.

5. Bericht über das Projekt der HUMBOLDT-VIADRINA

Frau Dr. Arbogast stellt zunächst den Zusammenhang des Projektes der HUMBOLDT-VIADRINA mit den Diskussionen zum Thema "Sicherer Hafen" her. Hier bekommen die Kommunen eine steuernde, aktive Rolle. Der Austausch zwischen den Kommunen soll nicht nur auf deutscher, sondern auch auf europäischer Ebene stattfinden. Sie betont, dass dieses Projekt eine größere Möglichkeit bietet Aktivitäten umzusetzen.

Frau Grothe stellt das Projekt der HUMBOLDT-VIADRINA anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Frau Mundlos erfragt, welche Kosten für die Stadt entstehen und ob zusätzliches Personal benötigt wird. Frau Grothe erklärt, dass insgesamt 100.000 € für das Projekt zur Verfügung stehen sollen. Damit soll der zusätzliche Personalbedarf gedeckt werden. Die sich beteiligenden Kommunen werden sich dann untereinander abstimmen, wie die Mittel verteilt werden, der Bedarf ist unterschiedlich. Weitere Kosten sind zurzeit noch unklar. Die Stelle soll vor-

aussichtlich, neben ehrenamtlichem Engagement, im Büro für Migrationsfragen angesiedelt werden. Frau Dr. Arbogast ergänzt, dass die Projektmittel bei der HUMBOLDT-VIADRINA beantragt wurden. In erster Linie müssten die vorhandenen Netzwerke reaktiviert werden.

Ratsfrau Dr. Flake äußert Bedenken, dass ein Jahr für solch ein Projekt zu kurz sei. Frau Finze-Raulf erklärt, dass in dem Jahr die Bedarfe durch den gegründeten Beirat initiiert werden müssen, um diese anschließend auswerten zu können.

Frau Grothe erklärt, dass sich das Projekt noch in der Anfangsphase befindet. Vorerst hat sich die Stadt für das Projekt der HUMBOLDT-VIADRINA beworben. Ob sie den Zuschlag bekommt, bleibt abzuwarten. Die Verwaltung wollte das Projekt zunächst einmal vorstellen.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

6. Mitteilungen

6.1. Stand und Perspektive Bildungsbüro

20-13905

Frau Dr. Dittmann stellt den Stand und die Perspektive des Bildungsbüros anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Dr. Flake erklärt Frau Dr. Arbogast, dass die Verwaltung keine Mittel im Haushalt 2021 für das Bildungsbüro eingestellt hat. Sie bestätigt, dass das Bildungsbüro aufgelöst werden müsste, sofern kein politischer Antrag für weitere Mittel gestellt werden würde. Da in der Vergangenheit der Wunsch geäußert wurde, berichtet die Verwaltung mit dieser Mitteilung zum Auslaufen der Projekte über die Ergebnisse des Bildungsbüros.

Frau Lubetzki-Meyer betont, dass das Projekt mittlerweile sehr gut läuft.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Interkulturelle Woche 2020 "Zusammen leben, zusammen wachsen."

20-13975

Frau Grothe berichtet über die Interkulturelle Woche 2020.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

7.1. Beschluss "Sicherer Hafen" mit Leben erfüllen

20-13551

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er erkundigt sich nach den Förderbedingungen in Konstanz. Frau Dr. Arbogast berichtet, dass es in Konstanz einen Gemeinderatsbeschluss gibt, einen kommerziellen Zuschuss auf Zeit zu gewähren. Nach Ansicht des Rechtsreferats wäre ein solcher Beschluss in Niedersachsen kommunalverfassungsrechtlich unzulässig. In München gibt es einen Antrag zur Unterstützung eines Seentretungsschiffes, über welchen bis heute noch nicht entschieden wurde.

Nach den Ausführungen von Frau Dr. Arbogast spricht sich Ratsherr Bader im Namen der

SPD-Fraktion gegen den Antrag aus.

Der Vorsitzende stimmt Ratsherrn Bader im Namen der CDU-Fraktion zu.

Ratsfrau Hahn betont, dass die SPD-Fraktion nicht das Projekt an sich ablehnt, sondern den Antrag durch das Handeln der Stadt als hinfällig ansieht.

Ratsherr Sommerfeld hält den Antrag aufrecht.

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, wie eine aktive Unterstützung der Seenotrettung aussehen könnte (zum Beispiel Übernahme einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder die Beteiligung an einer solchen Patenschaft).
2. Die Stadt Braunschweig hat sich bereit erklärt, aus Seenot gerettete Menschen direkt aufzunehmen und unterzubringen. In Zukunft bemüht sie sich aktiv, dies auch umzusetzen.
3. Die Stadt Braunschweig wird zukünftig aktiv im Bündnis „Städte sicherer Häfen“ mitarbeiten. Entsprechende Ressourcen sind bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1; dagegen: 6; Enthaltungen: 2

8. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen, Gruppierungen und dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

Es liegen keine Berichte vor.

gez. Wendt
Ausschussvorsitzender

gez. Dr. Arbogast
Dezernentin

gez. Rohde
Protokollführerin